



Rote Woche

Ausgabe 16/2014

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde,

Berlin, Brüssel, Silicon Valley: In den vergangenen drei Wochen bin ich als Abgeordnete dienstlich viel unterwegs gewesen. Einerseits habe ich dabei mit BundestagskollegInnen und Start-Up-UnternehmerInnen in den USA an der German Valley Week teilgenommen, andererseits mit meiner Mitarbeiterin Kira Sagner in Brüssel an einem Dialogprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Gesellschaftliche Werte und die digitale Zukunft Europas nach der Wahl“ teilgenommen. Es waren überaus interessante Eindrücke, die wir hier auf dem „internationalen“ Parkett gesammelt haben und die ich bei meiner Arbeit im Bundestag künftig sicher gut gebrauchen kann. In der aktuellen Ausgabe der Roten Woche will ich Euch daher gerne von diesen Erfahrungen berichten und freue mich natürlich wie immer auf Eure Reaktionen.

Spannende Tage in Silicon Valley

Meine erste Auslandsdienstreise hat mich vom 7. bis 11. Juni ins US-amerikanische Silicon Valley geführt. Der Bundesverband Deutsche Startups e.V. hat nach 2013 zum zweiten Mal die *German Valley Week* durchgeführt. Gemeinsam mit 50 Startup-Unternehmern, Bundestagsabgeordneten und Brigitte Zypries (SPD), der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, sowie Vertretern aus dem Mittelstand verbrachte ich vollgepackte, informative und spannende Tage im erfolgreichsten Technologie-Hotspot der Welt. Zum einen war diese Woche zum Kennenlernen etablierter US-amerikanischer Unternehmen wie Google, Facebook und Mozilla, aber auch erfolgreicher junger Gründungen wie z.B. dem Wohnungstauschportal airbnb gedacht. Zum anderen ging es auch um die Vernetzung mit den Verbandsmitgliedern und deutschen Startup-Unternehmern. Die Reise hat mir die Möglichkeit gegeben, das Phänomen Silicon Valley zu verstehen. Wer an meinen Erkenntnissen teilhaben möchte, findet unter der Adresse <http://www.saskiaesken.de/statements/silicon-valley-startups-adventure-capital-und-storytelling> einen ausführlichen Bericht.



Fotos (2): André Vollbracht



Fotos (2): Kira Sagner

FES-Dialogprogramm in Brüssel

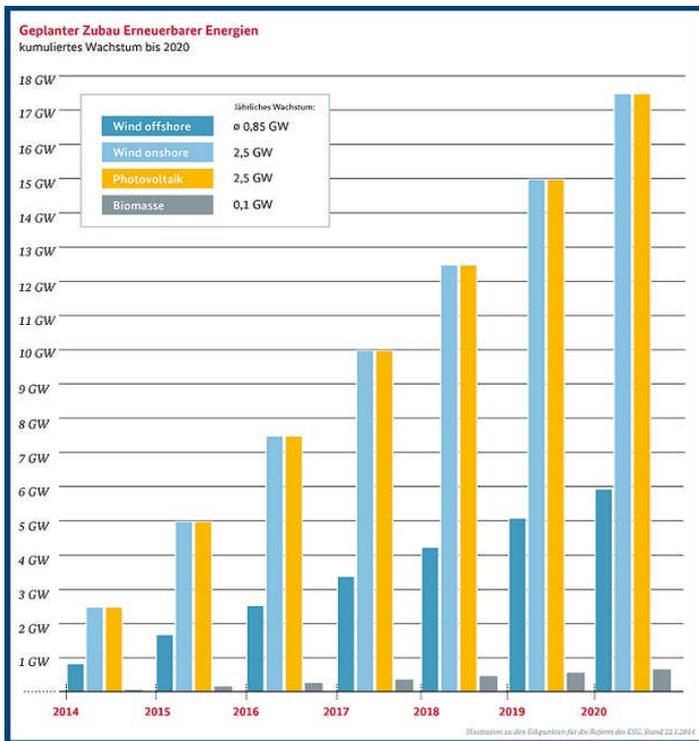
Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel (FES) und im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion habe ich zusammen mit meiner Berliner Mitarbeiterin Kira Sagner im Juni an drei Tagen die Gelegenheit gehabt, beim Dialogprogramm „Gesellschaftliche Werte und die digitale Zukunft Europas nach der Wahl“ verschiedene Arbeits- und Erfahrungskontexte kennenzulernen. Das Seminar hat sich aus rund 20 TeilnehmerInnen vielfältiger Bereiche zusammengesetzt: Bundestagsabgeordnete und wissenschaftliche MitarbeiterInnen, NetzaktivistInnen und SPD-MitarbeiterInnen, die in Ihrer Arbeit allesamt mit den digitalen Entwicklungen in Deutschland und weltweit zu tun haben.

Für meine weitere Arbeit im Ausschuss Digitale Agenda war das abwechslungsreiche Programm eine Bereicherung: Chancen und Risiken des Internets, die Datenschutz-Grundverordnung und die Auswirkungen des technologischen Wandels auf Arbeitsmarkt und Arbeitnehmerrechte wurden diskutiert. Im Bundestag möchte ich mich für die Vernetzung von Bundespolitikern mit EU-Politikern im Bereich Digitales einsetzen. Die Digitalisierung kennt keine Ländergrenzen; wir müssen manche (nationalstaatliche) Grenze in unseren Köpfen und in unserer Arbeit überschreiten.

Am Rande meines Aufenthalts in Brüssel habe ich zu meiner Freude auch noch etwas Zeit gefunden, um mich mit unserem Europaabgeordneten Peter Simon zu treffen. Und es war eine Freude, in dem betriebsamen Brüssel ein bekanntes Gesicht zu sehen.

Einen weitergehenden Bericht zur digitalen Zukunft Europas findet Ihr auf meiner Homepage unter der Adresse: <http://www.saskiaesken.de/statements/die-digitale-zukunft-europas>





Neustart der Energiewende mit reformiertem EEG

Am vergangenen Freitag hat der Bundestag die in der Öffentlichkeit (und auch unter uns Genossen) viel diskutierte Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist es, den wichtigen Weg der Energiewende, also die Abkehr von der Atomstromerzeugung und Wende auch der fossilen Energieträger hin zu erneuerbaren Energien, weiter zu beschreiten und gleichzeitig für Wirtschaft und private Stromkunden finanziell bewältigbar zu gestalten.

In den vergangenen 14 Jahren hat das EEG erfolgreich dazu beigetragen, dass die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 25 Prozent bereits eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland darstellen. Auf der anderen Seite aber drohten zuletzt stark gestiegene Strompreise den Erfolg der Energiewende zu gefährden. Das EEG musste aus diesem Grund reformiert werden.

Unser SPD-Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel beendet mit der Reform des EEG das schwarz-gelbe vierjährige Chaos in der Energiepolitik. Wir erinnern uns (nur ungern) an den von der Merkel-Regierung 2009 verkündeten Ausstieg aus dem Atomausstieg, der (letztlich zur Rettung der baden-württembergischen CDU) schon 2011 wieder revidiert wurde und dann leider ohne jeden politischen Gestaltungsanspruch im Revierverhalten von Umwelt- und Wirtschaftsministern zerrieben wurde. Dieser politische Zickzack-Kurs hat der Energiebranche, sowohl der konventionellen als auch der erneuerbaren, jegliche Planungs- und Investitionssicherheit genommen und damit viel gutes Potenzial zerstört. Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit waren die Grundpfeiler der rot-grünen Energiewende. Mit diesem Weg wird auch der gesellschaftliche Konsens zur Energiewende erhalten bleiben: In Umfragen sprechen sich über 80 Prozent der BürgerInnen für eine Vollversorgung mit Strom aus Wind, Sonne oder Biomasse aus.

Die wesentlichen Neuregelungen des EEG, die zum 1. August 2014 in Kraft treten, betreffen den Abbau derzeit bestehender Überförderung bzw. die Konzentration der Förderung auf die besonders kostengünstigen Energieträger Onshore-Windkraft und Photovoltaik. Außerdem müssen die Kosten der Energiewende gerechter verteilt werden, schließlich ist sie eine Gemeinschaftsaufgabe. Künftig müssen daher auch Eigenstromerzeuger die EEG-Umlage

bezahlen. Kleinanlagen wie Solarmodule auf Hausdächern, die eine Leistung unter 10 kW haben, bleiben von der EEG-Umlage aber weiter befreit. Ausnahmeregelungen für die stromintensive Industrie wird es auch weiterhin geben, was für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen unabdingbar ist. Diese Ausnahmeregelungen waren insbesondere der Europäischen Kommission ein Dorn im Auge - manche sagen auch, das betreffe das EEG im Ganzen.

Deutschland kann mit einer gelingenden und gerecht finanzierten Energiewende Beispielcharakter für andere Länder haben. Wenn wir den Übergang von der atomaren und fossilen Energieversorgung zu einer Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien schaffen, so schaffen wir auch eine überaus positive Voraussetzung für die Energieversorgung der nachfolgenden Generationen.

Die Sicherheit steht beim Fracking an erster Stelle

Die SPD wird sich beim Thema Fracking sicher kein Eigentor schießen und anders, als teilweise öffentlich kolportiert, keine schnelle Entscheidung während der Fußball-WM durchdrücken. Im Gegenteil. Die Koalition arbeitet gegenwärtig daran, die gesetzlichen Anforderungen beim Fracking zu verschärfen und dabei die im Koalitionsvertrag vereinbarten Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Ich finde es gut, dass dabei nach wie vor die Sicherheit an erster Stelle steht. So hat der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit absoluten Vorrang, der Einsatz umwelttoxischer Stoffe soll verboten werden. Und weil die Risiken des „unkonventionellen“ Frackings bei der Schiefergasförderung nicht absehbar sind, soll es hier keinen Freibrief für eine potentielle Förderung geben. Eine konventionelle Nutzung ist daher aus Sicht der SPD auf absehbare Zeit nicht möglich. Um eine falsche Entwicklung sicher auszuschließen, erarbeiten die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie und für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit derzeit gemeinsam Referentenentwürfe zu den entsprechenden gesetzlichen Regelungen, das Kabinett wird sich erst nach der parlamentarischen Sommerpause mit dem Thema befassen.

Die an sich wertvolle Kampagnenplattform campact, bei der ich übrigens Fördermitglied bin, ist mit der Unterstellung, Sigmar Gabriel plane während der WM eine Beschlussfassung zum Fracking an der Öffentlichkeit vorbei, also einer Zeitungs-Ente aufgefressen und hat dann einen Elefanten daraus gemacht. Ich würde mir wünschen, dass die Medien, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie campact, zur notwendigen Gründlichkeit und Sorgfalt der Recherche zurückkehren.

Flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro kommt

In dieser Woche wird im Bundestag der Mindestlohn verabschiedet. Mit der Umsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns erreichen wir ein Ziel jahrelanger sozialdemokratischer Politik. Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde wird vom 1. Januar an flächendeckend in Deutschland eingeführt. Dabei gilt er für alle in- und ausländischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, in allen Regionen und in allen Branchen.

Im Rahmen der Umsetzung des Mindestlohnes gibt es auf Wunsch der Gewerkschaften eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2016. In dieser Zeit kann durch bestehende oder bis Ende 2014 abzuschließende Tarifverträge repräsentativer Tarifvertragsparteien vom Mindestlohn abgewichen werden. Zusammen mit der Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sollte diese Regelung dazu führen, dass die Tarifbindung wieder von der Ausnahme zur Regel wird - und deshalb trägt das Gesetzespaket zu Recht den Begriff der Tarifautonomie im Titel. Bestehende tarifli-

che Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) bleiben in dieser Übergangszeit ebenfalls vom gesetzlichen Mindestlohn unberührt. Die Printverlage erhalten für ihre Austräger, die uns täglich schon zu nachtschlafender Zeit mit aktuellen Neuigkeiten versorgen, eine gesetzlich geregelte Übergangsphase bis Ende 2016. Eine weitere Sonderregelung betrifft Praktika im Rahmen von Ausbildungs- und Studienordnungen sowie zur Berufsorientierung.

Ohne diese Ausnahme wäre es für die jungen Menschen aber sicher schwierig geworden, weiterhin Praktikumsplätze zu finden. Auch ich beschäftige in meinem Büro solche „Orientierungspraktikanten“ die viele interessante Einblicke erhalten, aber nur in begrenztem Umfang produktiv arbeiten können. Eine Bezahlung zum Bestreiten der Lebenshaltung ist für mich und viele andere dabei selbstverständlich, der Mindestlohn wäre für die Arbeit solcher Praktikanten aber nicht sachgerecht. Un- und unterbezahlte Praktika für junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung gehören damit aber der Vergangenheit an, und das ist gut so.

Weitere und dauerhafte Ausnahmen, vor allem die für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft und für langzeitarbeitslose Menschen, sind für uns Sozialdemokraten sicher schwer zu akzeptieren, stellen letztendlich aber einen Kompromiss dar, den wir aufgrund der Kraftverhältnisse in der Koalition eingehen mussten und der vor allem wegen der vereinbarten Evaluation noch vertretbar ist.

Unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles und meine Kolleginnen und Kollegen im zuständigen Ausschuss haben in dieser Situation ein hervorragendes Ergebnis vorgelegt und ich freue mich, dass wir diesen wichtigen Schritt weg vom Niedriglohnland und hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit in dieser Woche beschließen werden.



Fotos (3): Ralf Recklies

Nach bestandener Abschlussprüfung in Berlin

Rund 70 SchülerInnen der Luise-Büchner-Schule Freudenstadt haben, nachdem sie ihre Abschlussprüfung bestanden und den Mittleren Bildungsabschluss verdient in der Tasche haben, ihre Abschlussfahrt nach Berlin gemacht. Es hat mich sehr gefreut, dass die SchülerInnen und die begleitenden LehrerInnen dabei auch die Gelegenheit genutzt haben, den Bundestag zu besuchen und ein Gespräch mit mir zu führen.

Es ist für mich immer wieder spannend, mit jungen Leuten über Politik zu diskutieren, von deren Eindrücken vom Berlinbesuch wie vom ehemaligen Stasigefängnis Hohenschönhausen zu erfahren und ihre vielfältigen Fragen zu meinen Aufgaben im Parlament und im Wahlkreis zu beantworten.

Mit Journalistin und Schulentwicklern im Dialog



Zu meiner Freude war in der vergangenen Woche mit Regina Schwenk eine Journalistin der Neckarchronik Horb in der Bundeshauptstadt zu Gast, um sich kurz vor der politischen Sommerpause in Berlin ein Bild von meiner Arbeit zu machen. Ich freue mich, dass meine Arbeit als „neue“ Abgeordnete damit nochmals Journalisten nach Berlin geführt hat, denn diese gestaltet sich ja in vielen Fällen völlig anders als im Wahlkreis. Davon wird Regina Schwenk in ihrem Artikel, der in Kürze in der Neckarchronik erscheinen wird, sicher ausführlich berichten. Freilich bot sich in der vorletzten Sitzungswoche meines „ersten Parlamentsjahres“ in Berlin auch die Möglichkeit, ein erstes Fazit meiner Arbeit als Bundespolitikerin zu ziehen, und das ist durchweg positiv.

Wie vielfältig die Arbeit in Berlin ist durfte Regina Schwenk bei zahlreichen individuellen Terminen, aber auch beim Besuch der aktuellen Haus-



haltsdebatte, hautnah miterleben. Schön war aber auch, dass ich just während der Zeit, in der Regina Schwenk in Berlin war, Besuch von drei Lehrern aus der Nachbarschaft meines Wahlkreises hatte, die mit dem Projekt „SchulLabor“ und unterstützt von der Robert Bosch Stiftung ein Konzept entwickelt haben, wie Schüler das Abitur quasi im eigenen Takt in zweieinhalb oder drei Jahren in der Kursstufe machen können und dabei auch noch zusätzliche Möglichkeiten zur Berufsorientierung erhalten. Dies könnte in der Diskussion um die Frage von G8 oder G9 eine gute Alternative sein.

Dass sich Helmut Dreher, der Schulleiter des Evangelischen Firstwald-Gymnasiums Mössingen, sowie die beiden Schulentwickler Friedemann Stöffler und Matthias Förtsch mit mir getroffen haben, um für ihr Konzept zu werben, das ich schon in meiner Zeit als stellvertretende Vorsitzende des baden-württembergischen Landeselternbeirats positiv wahrgenommen habe, freut mich als Bildungspolitikerin sehr. Ich würde es auch außerordentlich begrüßen, wenn es, wie angestrebt, gelingen würde, über die Kultusministerkonferenz eine Genehmigung für einen entsprechenden Schulversuch zu bekommen. Ich habe den Herren Dreher, Förtsch und Stöffler meine Unterstützung zugesagt und werde meine Kollegen in der AG Bildung über das in mehreren Jahren entwickelte und aus meiner Sicht sehr schlüssige Konzept informieren und dort auch für die Unterstützung des Projektes „SchulLabor“ werben.

Es grüßt Euch

Eure

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75205

Wahlkreisbüro
Turmstraße 18
72202 Nagold
Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: saskia.esken@bundestag.de
www.saskiaesken.de
facebook.de/eskensaskia
twitter.com/eskensaskia